

# OECD-Bildungsbericht stösst Strukturdebatte an

01.09.2004

Von

Sylvain Coiplet

Mit seinem Spiegel-Interview Anfang September hat Andreas Schleicher, der Koordinator der Pisa-Studie, die Schwächen des deutschen Bildungssystems auf den Punkt gebracht und damit ein starkes Medienecho gefunden. Die deutsche Kulturministerkonferenz war entsetzt über die Deutlichkeit der Kritik. Bei der letzten Pisa-Studie war es den Kultusministern nur mit Mühe und Not gelungen, um eine Reform herumzukommen. Diesmal dürfte es noch schwieriger werden.

Andreas Schleicher spricht auch aus eigener Erfahrung. Nur der Wechsel zur Waldorfschule hat den schwachen Grundschüler vor dem deutschen dreiteiligen Schulsystem gerettet. Er wurde nicht aussortiert, sondern gefördert, glänzte später mit einem 1.0 beim Abitur und gewann den Jugendforscht-Bundespreis.

Die Leitung der internationalen Pisa-Studien hat ihn bestätigt in seiner Verurteilung des deutschen Schulsystems. Nirgendwo in Europa ist sonst die Abhängigkeit des schulischen Erfolgs vom sozialen Ursprung so stark wie in Deutschland. Nirgendwo werden zwei Drittel der Schüler einer solchen sozialdarwinistischen Ideologie geopfert. Und nirgendwo wissen die Auserlesenen, die sogenannten Gymnasiasten, woraus sich dann die Entscheider rekrutieren, so wenig über die Verlierer ihres Bildungssystems.

Während es den deutschen Kultusministern bei der ersten Pisa-Studie gelungen war, der Öffentlichkeit einzubläuen, daß nur noch mehr getestet und aussortiert werden sollte, damit sich Deutschland bei der nächsten Studie nicht so blamiert, macht Andreas Schleicher diesmal klar, daß es nur ein Ablenkungsmanöver war. Schwache Schüler müssen gefördert und mitgetragen werden. Das kostet nicht nur mehr Geld, sondern verlangt einen Umbau des Schulsystems.

Daß Andreas Schleicher parteipolitisch unvoreingenommen ist, zeigt sich darin, daß er nicht nur das konservative dreiteilige Schulsystem verurteilt, sondern auch von der durch die Sozialdemokraten propagierten Gesamtschule sagt, sie sei "wahrlich kein Erfolgsmodell" gewesen. Lehrer brauchen seiner Meinung nach ein Arbeitsumfeld, "in dem sie selbst kreative Lösungen für die Probleme finden können". Stattdessen sind die Schulen in Deutschland "die letzten Glieder einer langen Bürokratiekette, denen genauestens vorgeschrieben wird, was sie wie zu regeln haben. Mit den deutschen Curricula etwa könnten Sie hier in meinem Büro sämtliche Wände tapezieren".

Unter dem Motto "Eine Schule für alle" will jetzt die sozialdemokratische Kultusministerin von Schleswig-Holstein, Ute Erdsiek-Rave, in die Landtagwahl 2005 ziehen. Eine Umstellung würde aber nach ihren Worten zehn bis 15 Jahre dauern. Solange sollte sie also schon im Amt bleiben.

Solche Äußerungen sind schon ein Fortschritt gemessen an den Reaktionen der Bildungspolitiker auf die erste Pisa-Studie. Das sind die ersten Anfänge einer Strukturdebatte. Mit einer solchen Aussage zeigt aber Ute Erdsiek-Rave, daß sie noch nicht alles richtig verstanden hat. Die *Schule für alle* ist gut gemeint. Die Frage ist, wie sie umgesetzt wird. Wer meint, daß es dafür wenigstens zehn Jahre braucht, zeigt, daß er als Kultusminister doch weiter den Weg der bürokratischen Anweisungen gehen will. Läßt man dagegen den Schulen freie Lehrerwahl und den Lehrern freie Hand sowie Möglichkeiten zur Weiterbildung, braucht es keine zehn Jahre.

Schon allein diese Schwerfälligkeit zeigt den Fehler, dem Staat nicht nur die Durchsetzung des Rechts auf Bildung, sondern auch die Verwaltung der Schulen anzuvertrauen. Das ist die eigentliche Strukturdebatte. Die Länder schneiden am besten ab, wo der Staat, wie in Finnland und Schweden, nur noch formal die Schulen verwaltet, ihnen aber eigentlich freie Hand läßt. In einem Land wie Deutschland, wo die Bildungspolitiker nicht im Traum daran denken, sich zu entmachten, wird die Reform wohl über die Bildung von Schulen in freier Trägerschaft gehen müssen.

Schade dabei ist, daß freie Schulen durch ihre finanzielle Benachteiligung Schulgelder verlangen müssen, und daher noch *keine Schulen für alle* sein können. Dieses Anliegen der ersten Waldorfschulen ist nicht umsonst mit der Zeit immer mehr aus dem Auge verloren gegangen. Die Auslese der vermögenden Eltern hat auf Dauer eben Auswirkung auf die Philosophie der Waldorfschulen. Und die staatliche - auf Schülersauslese ausgerichtete - Ausbildung der meisten Oberstufenwaldorflehrer macht es ihnen auch schwer, allen Schülern gerecht zu werden.

Nicht destotrotz steht der Versuch, die deutschen Staatsschulen von innen zu reformieren, auf noch schwächeren Füßen als Schulen in Eltersträgerschaft. So wie Ute Erdsiek-Rave daran geht, würden ihr vier Legislaturperioden nicht mal ausreichen. Und wer gönnt einer Partei die Macht solange, wenn er immer wieder erleben muß, daß diese auf Dauer korrupt macht.

Sylvain Coiplet

---

Quelle: Trigolog Berlin 9/2004, vom Autor genehmigten und überarbeiteten Nachdruck.

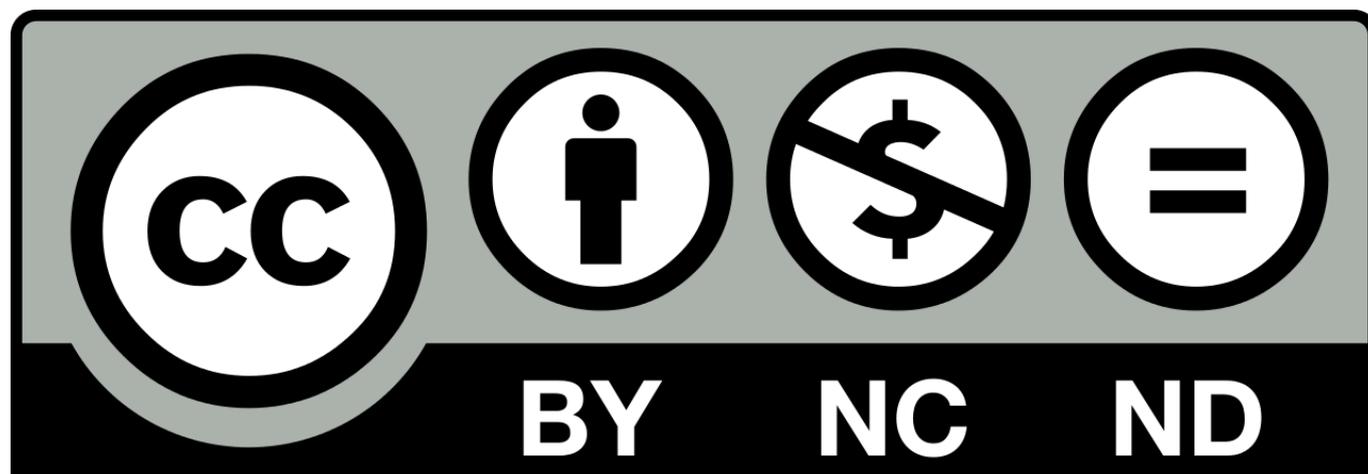
---

Weiterführender Links:

[www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,317038,00.html](http://www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,317038,00.html)

**Arbeit unterstützen**

**Artikel verbreiten**



Dieses Werk ist unter folgender Creative Commons Lizenz lizenziert:  
Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International  
Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.